№ 479
B 238

Abend-Ausgabe

Berlin

Dienstag, 11. Oktober 1921

Vossische Zeitung

Begründet 1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Einzelne Nummer 30 Pfennig

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelst.): Jul. Elbau, Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Moritzplatz 11800 bis 11852. Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Die oberschlesische Entscheidung.

Kabinett und Oberschlesien.

Die nächtliche Sitzung des Reichsministeriums, die gestern unmittelbar nach der Rückkehr des Reichskanzlers um 11 Uhr begann und um ½1 Uhr endete, findet heute ihre Fortsetzung. Der heutige Kabinettsrat hat um 11 Uhr vormittag begonnen. Schon allein die Tatsache, daß das Kabinett mit dem Beginne seiner Beratungen nicht bis heute warten zu können glaubte, sondern noch gestern Nacht zusammengetreten ist, hatte in politischen und Handelskreisen eine Atmosphäre verstärkter Unruhe und Spannung erzeugt. Man schloß aus ihr vielfach, daß die Entscheidung über Oberschlesien bereits endgiltig und in einem für Deutschland ungünstigen Sinne gefallen sei und daß das Kabinett über die Konsequenzen beratet, die daraus zu ziehen wären. Festzustellen ist aber, daß alle aus zuverlässigen Quellen stammenden Mitteilungen darin übereinstimmen: die Entscheidung über Oberschlesien sei noch nicht gefallen, sondern steht nur nahe bevor.

Es hat den Anschein, daß auch dem Kabinett in seiner nächtlichen Beratung kein Bericht in dem Sinne vorgelegen hat, daß in Genf ein irreperabler Beschluß gefaßt worden sei, der nur noch der Publikation bedürfe. Aber was man — allerdings nicht absolut zuverlässig — über die Verhandlungen in Genf und über die Stellungnahme der wichtigsten Mächte des Obersten Rates in der oberschlesischen Frage hört, ist geeignet, die Befürchtungen zu bestätigen, die die ersten Nachrichten aus Pariser Quelle ausgelöst haben. Danach würde es zutreffen, daß zumindest der Plan besteht, nahezu das ganze oberschlesische Industriegebiet, also nicht nur die Kreise Pleß und Rybnik, sondern auch Königshütte, Kattowitz und Beuthen politisch Polen zuzusprechen. Polen würde in diesem Gebiet die Oberhoheit erhalten. Wirtschaftlich aber soll ein neues Gebilde geschaffen werden, derart, daß das oberschlesische Industriegebiet mit dem anschließenden polnischen Kohlengebiet und dem schlesischen Kohlengebiet der Tschechoslowakei zu einem Kohlenstaat vereinigt werden, der wirtschaftlich von Deutschland, Polen und der Tschechoslowakei oder genauer ausgedrückt, von einer Kommission verwaltet werden soll, der ein deutscher, ein polnischer und ein tschechoslowakischer Kommissar angehören.

Wie man sich diesen politischen und wirtschaftlichen Trialismus in der Praxis durchführbar denkt, bleibt das Geheimnis der Väter dieses Gedankens. Es ist mehrmals ausgesprochen worden, daß der geistige Urheber dieses Planes, soweit er die wirtschaftliche Seite betrifft, der Ministerpräsident der Tschechoslowakei Dr. Benesch sei. Es sei deshalb eine Aeußerung in dem heutigen Morgenblatt der „Prager Presse" wiedergegeben, deren Autorschaft auf Dr. Benesch zurückgeführt wird, und die dahin lautet, daß unter allen „Vermutungen über den Vorschlag, den der Völkerbundrat wegen der Teilung Oberschlesiens dem Obersten Rat machen wird, der Plan eines halbfreien Staates, der am wenigsten wahrscheinlich sei". Das werde sich vielleicht schon in einigen Stunden erweisen. Aus diesen Andeutungen des der tschechoslowakischen Regierung sehr nahestehenden Blatte könnte man erstens schließen, daß die Entscheidung über Oberschlesien in Genf in wenigen Stunden fallen wird, und zweitens, daß die Mitteilungen über die geplante Errichtung eines Kohlenstaates nicht, oder wenigstens nicht mehr zutreffend sei.

Deutschland ist ja leider nicht imstande, irgend einen direkten Einfluß auf die Genfer Entscheidung zu üben, um ein Unheil abzuwenden. Und das Reichskabinett dürfte sich seinerseits mehr mit der Frage beschäftigt haben, welche Folgerung es aus einer ungerechten und ungünstigen Entscheidung zu ziehen hätte. Es ist in der Nachtsitzung des Kabinettes der Antrag einer sofortigen Demission der Regierung gestellt und erwogen worden, mit der Begründung, daß sich das Programm und die Politik des Kabinettes Wirth nicht weiter durchführen ließe, wenn Oberschlesien Deutschland verloren ginge. Ein Beschluß ist nicht gefaßt worden, wohl aus der Erwägung heraus, daß er erst als notwendig und gerechtfertigt sich erwiese, wenn die Tatsache eines Verlustes des oberschlesischen Industriegebietes feststehe. Die Meldung Pariser Blätter, der Reichskanzler würde den Reichstag zu einer besonderen Sitzung zusammenrufen, in der er feierlich gegen die Verletzung des deutschen Rechtes protestiere, den Versailler Vertrag und das Wiesbadener Abkommen aufheben würde, weil Deutschland, der oberschlesischen Produktion beraubt, Frankreich nicht mehr die notwendigen Materialien liefern könnte, ist ebenso unbegründet wie die Behauptung, daß gleichzeitig die Vertreter des Handels, der Industrie und des Ackerbaues ihr der Regierung gemachtes Kredit-Angebot zurückziehen und die jetzige Regierung einer Regierung der Rechten Platz machen werde. Man merkt die bedauerliche Absicht dieser Zeitungen, es dem französischen Publikum so darzustellen, als würde der Verlust Oberschlesiens für Deutschland nur ein Vorwand für ein Programm der Nichterfüllung sein. In Wahrheit hat das Kabinett Wirth nach wie vor den Willen zur Erfüllung und wünscht nur, daß man ihm die Möglichkeit läßt, den Willen auch weiterhin in die Tat umzusetzen. In diesem Sinne dürfte auch der deutsche Botschafter in London heute nachmittag beim Ministerpräsidenten Lloyd George Vorstellungen erheben. In diesem Sinne wird auch die Kommission der Gewerkschaften, die unter Führung des Vorsitzenden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Leipart, heute in London eintrifft, auf die englischen Gewerkschaftler einzuwirken versuchen.

Ueber ihre Stellungnahme, wird die Reichsregierung übrigens morgen Gelegenheit haben, dem Auswärtigen Ausschuß zu berichten, der von seinem Vorsitzenden Dr. Stresemann für 10 Uhr vormittags einberufen worden ist.

*

Das Kabinett unterbrach um 1 Uhr seine Beratungen, die um 7 Uhr fortgesetzt werden sollen. (Siehe auch dritte Seite.)

Keine englische „Einmischung".

Londoner Stimmen gegen den Neutralisierungsplan.

London, 11. Oktober. (W. T. B.)

Die Blätter weisen in Telegrammen aus Berlin auf die in Deutschland herrschende gefährliche Spannung bezüglich der erwarteten Entscheidung des Völkerbundrates in der oberschlesischen Frage hin.

Der Berliner Berichterstatter der „Daily News" schreibt, durch die dauernde Verschiebung der oberschlesischen Entscheidung seitens der Alliierten sei der Bogen überspannt worden. Wenn die Entscheidung in der oberschlesischen Frage sich als ungünstig für Deutschland erweisen sollte, so müßte das schlimmste befürchtet werden. Der diplomatische Berichterstatter der „Daily News" schreibt, der Viererausschuß in Genf habe seinen Entschluß so gut wie gefaßt, und dieser Beschluß sei von Balfour und Bourgeois im Prinzip angenommen worden.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Chronicle" schreibt, die Meldung aus Genf, daß in letzter Stunde der Versuch unternommen werden würde, die bevorstehende Entscheidung des Völkerbundrates in der oberschlesischen Frage zu beeinflussen, entspreche nicht den Tatsachen. Ueber die Art der Verhandlungen sei nichts Endgültiges bekannt. Hinweise darauf vermehrten sich jedoch, daß der Völkerbundrat mehr oder weniger einen Ausgleich zwischen den beiden entgegengesetzten Ansichten suche. Es brauche kaum gesagt zu werden, daß eine solche Lösung vom britischen Standpunkt nicht als befriedigend angesehen werden könnte, einfach aus dem Grunde, weil sie nach britischer Ansicht mit einer dauernden Stabilität jener schwierigen und gefährlichen Ecke Mitteleuropas nicht vereinbar sein würde. Sollte es die formelle Entscheidung des Völkerbundes sein, so werde England sie annehmen müssen. England habe sich gebunden und könne keine Einwände erheben. Eine größere Frage komme jedoch in Betracht. Es wäre ein Unglück, wenn in der Geschichte des Völkerbundes ein Präzedenzfall geschaffen würde, indem der Bund eine schiedsrichterliche Entscheidung treffe, die schädlicher Art sei. Das künftige Prestige des Völkerbundes als schiedsrichterliche Körperschaft hänge in hohem Maße von der Güte der Entscheidung ab, die in Fragen dieser Art gefällt werde.

Auch der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph" stellt nachdrücklich in Abrede, daß die britische Regierung oder Lloyd George versuchten, sich in die Arbeit des Unterausschusses des Völkerbundrates für die oberschlesische Frage einzumischen. Selbst Balfour habe sich von der Tätigkeit des Unterausschusses vollkommen ferngehalten, und die britischen Sachverständigen für die oberschlesische Frage seien seit langem aus Genf abgereist. **Die britischen Minister seien entschlossen, sich an ihre Verpflichtung, den Vorschlag des Völkerbundrates anzunehmen, zu halten, ohne Rücksicht auf ihre persönliche Ansicht über die wirtschaftliche Seite der neuen Grenzführung.**

*

Eine amtliche Reuternotiz unterstreicht die Erklärungen der englischen Presse, die den Zweck verfolgen, nachzuweisen, daß eine etwaige ungünstige Entscheidung nicht durch England verschuldet sei.

Grey gegen Lloyd George.

London, 11. Oktober. (W. T. B.)

Lord Grey trat gestern abend durch eine Rede in Berwick, in der er die bestehende Koalitionsregierung angriff, wieder in das politische Leben zurück. Lord Grey erklärte in seiner Rede, die Regierung sei nicht durch gemeinsame Ueberzeugung und Grundsätze vereint, und ihre wechselnde Politik untergrabe das Vertrauen. Die Unternehmungen in Rußland, Mesopotamien und Persien, sowie die britische Politik in Aegypten, Konstantinopel und Irland, hätten seit dem Waffenstillstand 303 Millionen Pfund Sterling gekostet.

Die augenblickliche Politik der britischen Regierung gegenüber Irland sei das Ergebnis des Fehlschlagens der Gewalt

Präsidentschaftswahl in Argentinien.

Bericht für die „Vossische Zeitung".

✱ **Buenos Aires**, Ende August.

In rund zehn Monaten muß die Entscheidung darüber fallen, wer sechs Jahre lang als Nachfolger des jetzigen Bundespräsidenten Dr. Hipólito Irigoyen Inhaber der höchsten ausführenden Gewalt in der Argentinischen Republik sein wird. Der endgültige Wahlakt hat eine der nordamerikanischen Verfassung nachgebildete, indirekte Form, so daß also vorher die zu ihm zusammentretenden Wahlmänner von den Bundesstaaten, in Argentinien „Provinzen" genannt, ausgewählt und beauftragt werden müssen.

Gleichfalls dem nordamerikanischen Vorbilde entspricht die ganz außerordentliche Machtfülle, welche die argentinische Verfassung in die Hände des Bundespräsidenten legt. Außerdem aber wird die Wichtigkeit, welche damit der Wahl des Bundespräsidenten in Argentinien zukommt, durch die besonderen Gebräuche und Ueberlieferungen der inneren argentinischen Politik noch wesentlich vergrößert, so daß es sich hierbei tatsächlich um eine Entscheidung über die gesamte innere und äußere Politik des Landes für die lange Frist von sechs Jahren handelt.

Wenn trotzdem die Parteien bis auf den heutigen Tag nur zögernd ihre Vorbereitungen für den bevorstehenden Wahlkampf begonnen haben, so liegt das an den gegenwärtigen, eigenartigen Verhältnissen des argentinischen Parteilebens. Obwohl im Kongresse der regierenden Mehrheit, der „radikalen Partei", eine zahlreiche und regsame Minderheit als Opposition gegenübersteht, fehlt es im Lande an einer eigentlichen Oppositionspartei. Außer den Radikalen verfügen nämlich nur die Sozialdemokraten über eine wirkliche Parteiorganisation, welche den Bedingungen der argentinischen Verfassung und dem darin vorgeschriebenen allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht Rechnung trägt. Allein die Sozialdemokraten sind in einem überwiegend agrarischen, dünn besiedelten Lande wie Argentinien für ihre Wirksamkeit wesentlich auf die großen Hafenstädte beschränkt, so daß sie bei der Wahl des Bundespräsidenten nur indirekt ihr Gewicht in die Wagschale werfen können. Die anderen Mitglieder der Opposition gegen die radikale Regierung gehören dagegen mehr oder weniger regionalen konservativen Parteigebilden an, welche samt und sonders in ihren Programmen dem, was man auf deutsch „lokale Eigenbrödeleien" zu nennen versucht ist, einen ausschlaggebenden Einfluß einräumen.

Vor allem aber stehen die meisten dieser nur lose untereinander zusammenhängenden Parteien dem jetzt in Argentinien geltenden Wahlrechte kaum freundlich gegenüber. In ihren parteipolitischen Schriften sind sie vielmehr meistens für ziemlich erhebliche Einschränkungen des Wahlrechtes eingetreten, und in der politischen Praxis haben sie vor allem keine Organisation geschaffen, welche sich den Notwendigkeiten einer Agitation auf Grund des allgemeinen Stimmrechtes angepaßt haben.

Die konservativen Oppositionsparteien, welche übrigens während des Weltkrieges den Anschluß Argentiniens an die Entente verlangten, sind die Ueberreste der vor fünf Jahren durch die Wahlreform des damaligen Präsidenten Saënz Peña beseitigten Herrschaft des „Patriziates". Sie haben etwa aus den Gedankenkreisen des französischen Liberalismus aus der Mitte des 19. Jahrhundertes und aus den Schriften eines Guizot ihr geistiges Rüstzeug geholt und sind für eine parlamentarische Regierungsform, deren „demokratische" Art jedoch durch den Unterbau eines beschränkten und vor allem öffentlichen Wahlrechtes charakterisiert wird. Dieser früher herrschende Parlamentarismus mußte nämlich bei den Zuständen, welche sich in jedem jungen Lande herausbilden und in Argentinien durch das Vorherrschen des Großgrundbesitzes noch begünstigt wurden, zu der Oligarchie einer begrenzten Anzahl von Familien führen, deren Verwaltungspraxis unvermeidlicher Weise ein eigenartiges Gemisch von politischer Erfahrung und, gelinde gesagt, wirtschaftlichem Eigennutz zeigte.

Im Jahre 1891 gründete nun Leandro Alem die radikale Partei, deren Ziele in dem einzigen Satze ihres Programmes erschöpfend zusammengefaßt waren: Beseitigung der Korruption durch Einführung des geheimen, gleichen Stimmrechtes. Dabei war zunächst an eine Verwirklichung dieses Programmes auf dem Wege parlamentarischer Arbeit nicht zu denken. Alem und die Seinen, unter denen sich namentlich auch Dr. Hipólito Irigoyen auszeichnete, waren sich dessen voll bewußt und suchten zweimal, in den Revolutionen von 1893 und 1905, die Macht an sich zu reißen. Beide Bewegungen wurden zwar nach blutigen Kämpfen mit Waffengewalt niedergeworfen. Allein die hierdurch im Lande geschaffene Lage war auf die Dauer unhaltbar. Die Durchführung des geheimen Stimmrechtes durch den Präsidenten Saënz Peña, welcher keineswegs der radikalen Partei angehörte, brachte deshalb bei der nächsten Wahl umgehend den vollständigen Sieg der radikalen Führer, deren bedeutendster seinen Amtssitz in dem Regierungsgebäude, in der „Casa Rosada" aufschlug.

Damit hatte die „Union Civica Radical" die verfassungsrechtlichen Grundlagen geschaffen, auf denen sich ein argentinisches Parteileben aufbauen kann. Tatsächlich gehört Argentinien seit dem Antritte der Regierung durch den Präsidenten Dr. Hipólito Irigoyen zu den Ländern, in denen der Wahlbetrug und die Wahlkorruption ausgemerzt sind. Allein von dieser neu geschaffenen tatsächlichen Lage haben bisher nur die Sozialdemokraten Gebrauch gemacht. Sie haben auch in all den Wahlkreisen, deren wirtschaftliche Beschaffenheit dazu geeignet ist, erhebliche Erfolge geerntet.